Geschäftsordnung der Schiedsstelle nach § 81 SGB XII des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Aufgrund § 7 der Landesverordnung über die Schiedsstelle nach § 80 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Schiedsstellenlandesverordnung SGB XII - SchStLVO SGB XII M-V) vom 13. Dezember 2005, zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes vom 16. Dezember 2019 (GVObI. M-V 2019, S. 796, 807) hat die Schiedsstelle SGB XII am 14. September 2021 nachstehende Geschäftsordnung beschlossen:

§ 1 Geschäftsstelle

- (1) Die Leitung der Geschäftsstelle der Schiedsstelle nimmt die nach der SchStLVO SGB XII M-V vom 5. Juli 2021 übertragenen Aufgaben nach Weisung durch das vorsitzende Mitglied eigenverantwortlich wahr.
- (2) Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit nach § 7 Abs. 6 der SchStLVO SGB XII M-V betrifft auch die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle und umfasst den Hergang bei Beratung und Abstimmung der Schiedsstelle.

§ 2 Antrag

- (1) Schriftlich gestellte Anträge und Schriftsätze sind in 12-facher Ausfertigung einzureichen.
- (2) Bei elektronischen Anträgen werden diese unter dem Datum des Eingangs von den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle ausgedruckt. Zwei Exemplare sind in Papierform einzureichen.
- (3) Die Leitung der Geschäftsstelle registriert eingehende Anträge, vergibt ein Aktenzeichen, fordert gegebenenfalls fehlende Unterlagen nach und leitet die Anträge unverzüglich dem vorsitzenden Mitglied der Schiedsstelle und dem Antragsgegner zu.
- (4) Eilanträge erhalten den Aktenzeichenzusatz „ER“, zurückverwiesene Verfahren das alte Aktenzeichen mit dem Zusatz „ZV“.
- (5) Die Frist zur Stellungnahme nach § 8 Abs. 3 Satz 1 SchStLVO SGB XII M-V beträgt grundsätzlich vier Wochen für Antragsteller/in wie Antragsgegner/in. Sie kann verkürzt oder verlängert werden.
- (6) Spätestens mit der Ladung zur mündlichen Verhandlung werden allen Mitgliedern der Schiedsstelle die von Antragsteller/in und Antragsgegner/in eingereichten Verfahrensunterlagen zugeleitet. Bei Verhinderung des Mitglieds sind die Unterlagen umgehend an das stellvertretende, an der Sitzung teilnehmende Mitglied weiterzuleiten.

§ 3 Ladung

- (1) Zeit und Gegenstand der Sitzungen der Schiedsstelle werden von dem vorsitzenden Mitglied festgelegt und den Parteien möglichst frühzeitig angezeigt.
- (2) Die Zustellung der Ladung der Parteien und der Mitglieder wird durch die Geschäftsstelle spätestens vier Wochen vor der Sitzung bewirkt. Die Ladungsfrist kann mit Einverständnis der Parteien verkürzt werden.

§ 4 Mündliche Verhandlung

- (1) Die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle nehmen die Aufgaben der Protokollführung nach § 10 Abs. 5 SchStLVO SGB XII M-V, § 122 SGG und nach § 159 ZPO die eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wahr.
- (2) Mit Einverständnis der Beteiligten und der Mitglieder der Schiedsstelle kann eine Tonaufzeichnung der Sitzung erfolgen. Das Protokoll ist in diesem Fall unverzüglich nach der Sitzung herzustellen. Aufzeichnungen auf Ton- oder Datenträgern sind zu löschen,
 1. soweit das Protokoll nach der Sitzung hergestellt oder um die vorläufig aufgezeichneten Feststellungen ergänzt ist, wenn die Parteien innerhalb eines Monats nach Mitteilung der Abschrift keine Einwendungen erhoben haben;
 2. nach bestandskräftigem Abschluss des Verfahrens.
- (3) Die mündliche Verhandlung kann auch in Form einer Telefonkonferenz oder einer bildgebenden digitalen Kommunikationsform stattfinden, wenn die Beteiligten zustimmen.
- (4) Zur Vorbereitung der mündlichen Verhandlung kann das vorsitzende Mitglied mit Einverständnis der Parteien einen Erörterungstermin durchführen.

§ 5 Verfahren ohne mündliche Verhandlung

- (1) Das Verfahren ohne mündliche Verhandlung (schriftliches Verfahren) kann auf schriftlichen Antrag einer Partei durch das vorsitzende Mitglied eingeleitet werden, wenn es der Auffassung ist, dass die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist, der Sachverhalt geklärt ist und die andere Partei einverstanden ist.
- (2) Zur Beschlussfassung leitet die Geschäftsstelle den Mitgliedern der Schiedsstelle einen von dem vorsitzenden Mitglied vorbereiteten Schiedsspruch zu. Die Mitglieder der Schiedsstelle haben binnen drei Wochen zu erklären, ob sie dem vorgeschlagenen Schiedsspruch zustimmen. Kommt die nach § 81 Abs. 3 SGB XII, § 11 Abs. 3 SchStLVO SGB XII M-V erforderliche Mehrheit nicht zustande, wird die Sache mündlich verhandelt.

§ 6 Schiedsspruch

Der Schiedsspruch soll von dem vorsitzenden Mitglied vor Ablauf von 1 Monat nach der Verkündung des Schiedsspruchs abgesetzt und der Geschäftsstelle unterschrieben zugeleitet werden. Die Leitung der Geschäftsstelle fertigt den Schiedsspruch aus, stellt ihn den Parteien zu (§ 11 Abs. 4 SchStLVO SGB XII M-V) und sendet ihn in anonymisierter Form an das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern (§ 11 Absatz 4 Satz 5 SchSt LVO SGB XII M-V).

§ 7 Kostenentscheidung

Soweit eine Entscheidung über die Verteilung und Tragung der Gebühr nicht zusammen mit der Sachentscheidung ergeht (§ 13 Absatz 3 SchStLVO SGB XII M-V), ergeht die Festsetzung des Streitwertes sowie über die Verteilung und die Tragung der Gebühr durch eine Kostenentscheidung des vorsitzenden Mitglieds.

§ 8 Verfahrensgebühr

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit Antragseingang bei der Geschäftsstelle.
- (2) Für jedes Verfahren der Schiedsstelle wird eine Gebühr in dem Rahmen nach § 13 Absatz 1 Satz 3 SchStLVO SGB XII M-V in Höhe von mindestens 700,00 Euro und höchstens 7.000,00 Euro erhoben.
- (3) Der Bedeutung und Schwierigkeit der Sache nach § 14 Absatz 3 und 4 SchStLVO SGB XII M-V entsprechend wird in den nachstehenden vereinfachten Verfahren regelmäßig folgende Gebühr erhoben:

a. Erledigung des Verfahrens/Rücknahme des Antrags vor der Ladung zur mündlichen Verhandlung	Mindestgebühr
b. Erledigung des Verfahrens/Rücknahme des Antrags nach der Ladung zur aber vor der mündlichen Verhandlung	1.500,00 Euro
c. Erledigung in oder nach der mündlichen Verhandlung, ohne dass ein Schiedsspruch ergeht oder Vergleich geschlossen wird	3.000,00 Euro
d. Verfahren zur alleinigen unstreitigen Festsetzung der Laufzeit der Vereinbarung:	1.000,00 Euro

In den übrigen Fällen bestimmt sich die Verfahrensgebühr in Ausübung des eingeräumten Ermessens zunächst nach der Bedeutung der Sache. Die Bedeutung der Sache ist dabei die wirtschaftliche oder rechtliche Bedeutung für die/den Antragsteller, die regelmäßig nach der Höhe der streitigen Differenz zwischen der angebotenen und der beantragten Leistungsvergütung im Vereinbarungszeitraum zu bemessen ist. Die Wertermittlungsvorschriften des § 52 GKG sind hierfür ergänzend heranzuziehen.

- (4) Bei gleichgelagerten Verfahren eines Trägers ermäßigt sich die Gebühr ab dem zweiten Verfahren auf die Hälfte.

- (5) Die nach Anwendung von Absatz 3 ermittelte Gebühr kann nach dem Schwierigkeitsgrad der Angelegenheit für die Schiedsstelle, der sich als Zeitaufwand oder Intensität der Befassung ausdrückt, um bis zu 25 % herabgesetzt bzw. erhöht werden.

§ 9

Entschädigung des vorsitzenden Mitglieds

- (1) Das vorsitzende Mitglied der Schiedsstelle ist berechtigt, Dienstreisen (§ 2 Nr. 1 LRKG MV) und Dienstgänge (§ 2 Ziff. 6 LRKG MV) zur Erledigung von Dienstgeschäften in Schiedsstellenangelegenheiten selbst anzuordnen und zu genehmigen. Es teilt die Anordnung oder Genehmigung einer Dienstreise oder eines Dienstganges der Leitung der Geschäftsstelle mit.
- (2) Das vorsitzende Mitglied erhält für sonstige Kosten und Zeitaufwand für jedes Verfahren einen Pauschalbetrag:
a. Antragsrücknahme oder Erledigung des Verfahrens nach Zuleitung der Verfahrensunterlagen an die/den Vorsitzenden	300,00 Euro
b. Verfahren ohne mündliche Verhandlung, das mit einem Schiedsspruch abgeschlossen wird:	500,00 Euro
c. Verfahren mit mündlicher Verhandlung, das mit einem Vergleich abgeschlossen wird	500,00 Euro
d. Isolierte Kostenentscheidung nach § 7:	350,00 Euro
e. Verfahren mit mündlicher Verhandlung, das mit einem Schiedsspruch abgeschlossen wird:	550,00 Euro
f. Verfahren zur Festsetzung von Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen nach § 126 Absatz 2 SGB IX in Verbindung mit § 125 Absatz 2 SGB IX, das mit einem Schiedsspruch oder einem Vergleich abgeschlossen wird:	1.000,00 Euro
g. Vertretung vor den Sozialgerichten:	1.000,00 Euro
h. Bei gleichgelagerten Verfahren ermäßigt sich die Pauschale ab dem zweiten Verfahren auf die Hälfte.	
- (3) Der Anspruch des vorsitzenden Mitglieds der Schiedsstelle auf Reisekosten und den Pauschalbetrag ist innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten bei der Geschäftsstelle zu stellen (§ 3 Abs. 5 LRKG MV).
- (4) Sachverständige haben ihren Anspruch auf Vergütung und Entschädigung binnen einer Ausschlussfrist von drei Monaten bei der Geschäftsstelle geltend zu machen (§ 13 Abs. 3 SchStLVO SGB XII M-V i. V. m. § 2 Abs. 1 JVEG).

§ 10 Inkrafttreten

- (1) Die Geschäftsordnung tritt am 15. September 2021 in Kraft und findet auf alle zu diesem Zeitpunkt anhängigen Verfahren sowie alle neuen Verfahren Anwendung. Die Verfahrensgebühr gilt für Anträge, die nach dem Inkrafttreten gestellt werden.
- (2) § 9 Abs. 2 GO tritt mit der Genehmigung des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern (§ 12 Absatz 1 SchStLVO SGB XII M-V) in Kraft¹.

Dr. Johannes Namgalies
Vorsitzender der Schiedsstelle SGB XII

Kati Noack
Leiterin der Geschäftsstelle der
Schiedsstellen

¹ Das Ministerium hat seine Genehmigung mit Schreiben vom 1. Oktober 2021 erteilt.